



Der Papst besucht im Juni die Schweiz

Papst Franziskus kommt am 21. Juni nach Genf. Anlass ist das 70-Jahr-Jubiläum des Weltkirchenrats. Dies bekräftigt dessen ökumenisches Engagement, heisst es seitens des Vatikans und des Gastgebers.



Schweiz

Papst Franziskus badet in der Menge – bald auch in Genf? | © Oliver Sittel

Mit dem Besuch beim Weltkirchenrat wird Papst Franziskus das ökumenische Engagement der katholischen Kirche bekräftigen. Das erklärten Kardinal Kurt Koch, Leiter des Päpstlichen Einheitsrates, und der Generalsekretär des Weltkirchenrats, Olav Fykse Tveit, an einer Medienkonferenz im Vatikan. Der Besuch erfolgt anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), genannt Weltkirchenrat.

Das genaue Programm des Besuches sei noch in Arbeit, so Kardinal Koch. Der eintägige Besuch gelte vor allem dem ÖRK; zusätzlich gebe es eine kurze Begegnung mit dem Bundesrat. Ausserdem wolle Franziskus eine Messe mit den katholischen Christen in Genf feiern.

Wer den Papst begleiten wird, sei noch unklar, schreibt Koch gegenüber kath.ch. Das entscheide dieser jeweils später. Gut möglich, dass der Schweizer Kardinal dabei

sein wird. Der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen wird gemeinhin als Ökumeneminister bezeichnet.

Das Motto des Besuches, «Gemeinsam gehen, beten und arbeiten», illustrierte auch die Auffassung des Papstes von Ökumene, erläuterte Koch gegenüber den Medien. «Für ihn besteht Ökumenismus nicht nur aus Dialog, sondern aus gemeinsamem Gebet und Handeln», sagte Koch.

Vorbild für andere Kirchen

«Franziskus zeigt und lebt die ökumenische Vision noch einmal ganz neu», würdigte Tveit die Rolle des Papstes. Alle Christen stünden vor der Aufgabe, sich in der Welt Gehör zu verschaffen und zu zeigen, wie das Evangelium von Jesus Christus zu leben sei. «Die Art und Weise, wie Papst Franziskus das macht, wird von vielen Kir-

chen und auch nichtkatholischen Christen anerkannt», lobte Tveit, lutherischer Theologe aus Norwegen und Generalsekretär des ÖRK.

Bundesräte empfangen Papst

Zwei Tage vor dem Vatikan hatte die Bundeskanzlei den Papstbesuch bekannt gegeben. Franziskus werde von einer Delegation des Bundesrats unter der Leitung von Bundespräsident Alain Berset empfangen. Charles Morerod, Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg sowie Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, würdigte den Papstbesuch als ein «wunderbares Zeichen des ökumenischen Dialoges», wie es auf der Website des Bistums heisst.

Nach den Besuchen Pauls VI. 1969 und Johannes Pauls II. 1984 ist dies der dritte Besuch eines Papstes beim Weltkirchenrat. (cic/sys)

Meinung

Es braucht mehr kantige Kirchenköpfe

Martin Werlen hat mit seinem Buch «Zu spät» starke Beachtung gefunden. Es ist in den Verkaufslisten des Schweizer Buchhandels ganz oben gelandet. Martin Griching betätigt sich ebenfalls als Autor. Mit seiner Publikation «Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung» bringt er sein Verständnis von Politik, Religion und Rechtsstaat unter die Leute. Die Positionen von Werlen und Griching sind grundverschieden. Und doch verbindet sie eines: Haltung zeigen, sich einmischen und in den Medien präsent sein.

Sie tun dies, weil beide verstanden haben, wie die Medienwelt sich verändert hat. Zuerst einmal ist es wichtig, selber aktiv zu werden. Statt verteidigend auf Positionen zu beharren, gehen sie ihre Themen vorausschauend an und möchten etwas bewegen. Das steht in starkem Gegensatz zu anderen Teilen der römisch-katholischen Kirche in der Schweiz. Statt stumm abzuwarten und «gefährliche Themen» abzuwehren, werden sie aktiv. Man spürt ihren Willen zur Kommunikation. Das ist wichtig im Zeitalter des Social Web.

Der Churer Generalvikar und der alt Abt von Einsiedeln bewegen sich im Feld der politischen Theologie: Der eine warnt davor, sich in das politische Tagesgeschäft hineinzubegeben, weil dadurch die Meinungs- und Glaubensfreiheit in Frage gestellt würde. Der andere fordert dazu auf, sich in die Politik und ins Leben der Menschen einzumischen, gerade dort, wo es um grundlegende christliche Werte geht.

Das ist gut so: Endlich wird wieder öffentlich über wichtige Fragen der Theologie, der Politik und des Kirchenbildes debattiert. Ich wünschte mir, es gäbe mehr von diesen kantigen Köpfen. Auch wenn mir nicht alle steilen Aussagen passen.



Charles Martig

Direktor Katholisches Medienzentrum

«Wir brauchen mehr Theologinnen»

Zum «Internationalen Tag der Frau» vom 8. März hat die Universität Freiburg eine Kampagne gestartet: Sie will junge Frauen fürs Theologiestudium sensibilisieren.

Nur kein neues Konzil mit dem Thema «Frau»! Es müsse schneller gehen, sagt die Kirchenrechtlerin und Vizerektorin der Universität Freiburg, Astrid Kaptijn. Deshalb will die Theologische Fakultät junge Frauen fürs Theologiestudium sensibilisieren.

Nur ein Drittel Studentinnen

Der Internationale Tag der Frau weist laut Kaptijn darauf hin, dass die Gleichheit zwischen den Geschlechtern noch nicht überall realisiert ist. Zudem rege die Theologie junge Frauen nicht genügend zu einem Studium an. Lediglich ein Drittel der Studierenden an der Fakultät in Freiburg seien Frauen.

Die gebürtige Niederländerin und nach Rektorin Astrid Epiney zweite Frau in der Leitung der Freiburger Hochschule sucht nach Gründen für dieses Desinteresse. Möglicherweise habe dies damit zu tun, dass die katholische

Kirche das Gefühl vermittele, eine von Männern bestimmte Einrichtung zu sein. «Frauen haben in der Kirche ihren Platz nicht nur in Klöstern», sagt Kaptijn bestimmt. Die Kirche biete eine Palette an Berufsmöglichkeiten für Frauen, etwa als Pastoralassistentin, Gemeindeleiterin, Religionslehrerin, Seelsorgerin in nicht kirchlichen Einrichtungen wie Spitälern. Auch ausserhalb der Kirche gebe es Anstellungsmöglichkeiten auf hohen Posten. Sie selber sei der lebende Beweis, schmunzelt die Vizerektorin.

Breite Kompetenzen

Die Gesellschaft brauche Theologinnen und es wäre «sehr gut, wenn der Staat mehr Theologinnen anstellt», so Kaptijn. Theologinnen führten «breite Kompetenzen» und Gespür für Menschen in ihrem Portfolio mit.

Georges Scherrer



Eine Kampagne will Frauen zum Theologiestudium motivieren. | © PH Luzern

St. Gallen veröffentlicht keine Todesanzeigen mehr

Das Bistum St. Gallen hat kein Verständnis für den seit Anfang Jahr geltenden Verzicht auf amtliche Todesanzeigen.

Die Stadt habe auf die Aufhebung der Verfassungsartikel über die Publikation von Zivilstandsmeldungen bei Bund und Kanton reagiert, heisst es beim städtischen Zivilstandsamt. Nun müssten Angehörige über eine private Todesanzeige entscheiden.

Beat Grögli, Dompfarrer von St. Gallen, zeigt sich «besorgt über die Privatisierung des

Umgangs mit Leben und Sterben». Sabine Rüthemann, Kommunikationsbeauftragte im Bistum St. Gallen, findet es «gegenüber Trauerfamilien achtlos, Verstorbene mit dem Argument Datenschutz öffentlich totzuschweigen». Nicht alle Hinterbliebenen könnten sich bezahlte Todesanzeigen leisten. «Aber alle Verstorbenen haben dasselbe Recht auf ein schickliches Begräbnis.» (dhm)

Vatikanmagazin thematisiert Ausbeutung von Ordensfrauen

In der katholischen Kirche arbeiten viele Ordensfrauen umsonst oder werden unterbezahlt. Ihre Arbeit wird oft nicht gewürdigt. Das ist zu lesen in der vatikanischen Zeitschrift «Donne, Chiesa, Mondo».

Vielfach behandelten Kleriker Ordensfrauen wie niedere Bedienstete, klagen mehrere Schwestern, die in dem Beitrag zu Wort kommen. Dahinter stecke oft die Vorstellung, «dass ein Priester alles und eine Nonne nichts ist. Der Klerikalismus tötet die Kirche», kritisiert eine als Schwester Paula vorgestellte Ordensfrau – das Magazin hat die Namen geändert.

Zum Essen in die Küche verbannt

Oftmals arbeiteten Ordensfrauen ohne Vertrag für einen Bischof oder Pfarrer. «Einer meinte, er könne sich von seiner Schwester das Essen servieren lassen, und lässt sie ihres allein in der Küche einnehmen», klagt eine andere der befragten Frauen. Neben fehlender Bezahlung und schlechten Umgangsformen leidet oft das Gemeinschaftsleben der Schwestern. Zum einen, weil ihnen gemeinsame Zeit fehlt, aber auch Geld.

Keinen Cent für Vorträge

«Eine Mitschwester stimmt in unserer Nachbarparrei die Lieder an und hält in der Fastenzeit Vorträge», zitiert der Beitrag eine Schwester Cecile. «Dafür sieht sie keinen Cent; aber



Ordensschwestern sitzen hinter Bischöfen. | © kna.

wenn der Pfarrer kommt, um bei uns Messe zu feiern, will er 15 Euro.» Verantwortung für die Zustände trügen aber nicht immer nur die Männer, sagt Schwester Marie. Ein Professor sei geschockt gewesen, weil einer sehr guten Studentin von ihrer Ordensleitung nicht gestattet worden sei, nach dem Lizentiat weiterzustudieren. Eine andere promovierte Theologin sei von einem auf den anderen Tag

zu Wäscherei und Küchenarbeiten abgeordnet worden.

Beschwerde statt Schweigen

Verschlimmert würden die Zustände durch ein verbreitetes Schweigen, erklärt Schwester Marie, bei der sich Ordensfrauen aussprechen. Sie ermutige sie, sich zu beschweren oder nach Bezahlung zu fragen. (cic)

Bistum Chur zerrt Bündner Landeskirche vors Bundesgericht

Im Streit um Adebar ist das Bistum Chur beim Bündner Verwaltungsgericht abgeblitzt und hofft auf das Bundesgericht.

Das Verwaltungsgericht habe die Unterstützung der Beratungsstelle Adebar durch die Landeskirche für zulässig erklärt, teilte das Bistum Chur am 27. Februar mit. Gegen diesen Entscheid habe es beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht.

Mitwirkung an Abtreibungen

Adebar ist die «Beratungsstelle für Familienplanung, Sexualität, Schwangerschaft und Partnerschaft Graubünden» in Chur. Die Stelle verfolge überwiegend Tätigkeiten, die mit dem katholischen Glauben unvereinbar seien, schreibt das Bistum.

Es wirft Adebar vor, aktiv an Abtreibungen mitzuwirken, indem es Bescheinigungen über die Beratung von Schwangeren unter

16 Jahren ausstelle. Zudem würden die von der Beratungsstelle vertretenen Positionen betreffend Verhütung, künstliche Befruchtung und sexuelle Aufklärung «ebenfalls dem katholischen Glauben widersprechen».

Es geht um Religionsfreiheit

Der Gang ans höchste Gericht erachtet das Bistum als «ultima ratio in einer Frage, welche die Religionsfreiheit der katholischen Kirche betrifft». Mit dem Widerstand gegen die Unterstützung von Adebar durch die Landeskirche will das Bistum verhindern, dass «unter dem Titel «katholisch» dem Glauben widersprechende Tätigkeiten und Organisationen finanziell gefördert werden». Das Bistum Chur versichert, es werde den

Entscheid des Bundesgerichts akzeptieren. Eine Ablehnung der Beschwerde wäre aus seiner Sicht indes eine Verletzung der Religionsfreiheit.

Verwaltungsgericht falsche Adresse

Das Bündner Verwaltungsgericht hält in seinem Urteil vom 5. Dezember fest, dass die Zahlung an Adebar durch die landeskirchliche Finanzhaushaltsverordnung abgedeckt werde. Weiter sei die «Behauptung der Beschwerdeführer, die Ausgabe widerspreche offensichtlich der Lehre und Ordnung der römisch-katholischen Kirche», nicht näher belegt. Es sei zudem nicht Aufgabe des Verwaltungsgerichts, Glaubenssätze zu beurteilen. Inwiefern durch die Zahlung die Glaubens- und Religionsfreiheit tangiert sein solle, sei für das Gericht nicht ersichtlich, heisst es im Urteil.

Seit 2011 versucht das Bistum, die finanzielle Unterstützung der Beratungsstelle durch die Landeskirche zu stoppen. Dabei geht es um jährliche Beiträge in der Höhe von 15000 Franken. (bal/gS)

Schweiz

Eleganti tritt als Jugendbischof zurück

Weihbischof Marian Eleganti ist diese Woche von seinem Amt als Jugendbischof zurückgetreten. Er habe den Eindruck gewonnen, die anderen Schweizer Bischöfe stünden im Zusammenhang mit der Jugendsynode nicht hinter ihm, sagte er auf Anfrage. Die näheren Umstände seines Rücktritts könne er momentan nicht kommunizieren.

Schweizer Medienbischof freut sich über Nein zu «No Billag»

Volk und Stände haben die «No Billag»-Initiative am 4. März deutlich verworfen. 71,6 Prozent der Stimmbeteiligten lehnten das Begehren ab, das die Abschaffung der Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen for-



derte. Der Schweizer Medienbischof Alain de Raemy begrüsst dies. «Der Schweizer Geist hat dem Zeitgeist standgehalten und den christlichen Wert der Solidarität hochgehalten», kommentierte der Weihbischof gegenüber kath.ch. (Bild: Alain de Raemy | © Regula Pfeifer)

Buch von alt Abt Werlen an Spitze der Sachbuch-Bestsellerliste

Das Buch «Zu spät» von alt Abt Martin Werlen aus Einsiedeln ist seit der Vernissage vor fünf Wochen unter den top drei der Bestsellerliste der Sachbücher in der Schweiz, eine Weile war es gar auf Platz eins. Der Herder-Verlag freut sich darüber und sagt, der Benediktiner habe auch in Deutschland «ein grosses Renommee». Die Bestsellerlis-

Impressum

Katholisches Medienzentrum Redaktion kath.ch
Pfungstweidstrasse 10, CH-8005 Zürich

Telefon: +41 44 204 17 80

E-Mail: redaktion@kath.ch

Redaktionsleiter: Martin Spilker

Redaktion dieser Ausgabe: Regula Pfeifer

kath.ch erscheint als Beilage der Schweizerischen Kirchenzeitung.

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet.

te ermittelt der Schweizerische Buchhändler- und Verlegerverband aufgrund von Stichproben zu den Verkaufszahlen.

Ausland

Der «Brückenbauer» ist tot

Der deutsche Kardinal Karl Lehmann ist am 11. März im Alter von 81 Jahren in Mainz gestorben. Lehmann war in Zeiten, als «Rom» als Hort des konservativen Dogmatismus galt, der Name für ein weltoffenes, lebensbejahendes Christentum. Fast 33 Jahre lang war er Bischof von Mainz (bis 2016) und über 20 Jahre Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Konservative Kritiker warfen ihm vor, die katholische Kirche in Deutschland ohne Not dem Zeitgeist anpassen zu wollen. Bewunderer nannten ihn einen «Glücksfall für die deutschen Katholiken» und «Brückenbauer».

Vatikan

Vatikan verklagt früheren Bankchef und dessen Anwalt

Wegen Unterschlagung und Geldwäsche müssen sich der frühere Präsident der Vatikanbank «Istituto per le Opere di Religione» (IOR), Angelo Caloia (78), und sein Anwalt Gabriele Liuzzo (94) vor dem vatikanischen Gerichtshof verantworten. Es geht um Immobilien, die unter Wert verbucht, und zusätzlich gezahlte Barbeträge, die unterschlagen wurden. Dadurch sei dem Institut ein Schaden von gut 50 Millionen Euro entstanden. Wie das IOR auf seiner Website mitteilt, soll der Prozess am 15. März beginnen. An der Unterschlagung war auch der inzwischen verstorbene damalige Generaldirektor Lelio Scaletti beteiligt.

Papst Paul VI. wird Ende Oktober heiliggesprochen

Die Information gab Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin laut verschiedenen Medien am Rand einer Tagung am 6. März in Rom bekannt. Demnach findet die feierliche Aufnahme in das Verzeichnis der Heiligen zum Abschluss der Bischofssynode statt, die vom 3. bis 28. Oktober im Vatikan zum Thema Jugend tagt. (Bild: Papst Paul VI. tauft ein Kind, 9. April 1967. | © kna)



Social Media

Soll Kirche einspringen?

Der Verzicht der Stadt St. Gallen auf die Publikation offizieller Todesanzeigen missfällt allen Facebook-Usern. Der Tod werde totgeschwiegen, heisst es. Das werfe die Frage eines «Zweiklassensterbens» auf. Auf Twitter veranstalten der Journalist Remo Wiegand und das Bistum St. Gallen ein Derby zur Frage: Soll die Kirche einspringen und selber Todesanzeigen publizieren? Und wenn ja, wie und wo?

«Ja, es ist fragwürdig, das Sterben «totzuschweigen», nimmt Remo Wiegand über Twitter die Kritik auf, die Sabine Rüthemann im Artikel auf Seite 2 geäussert hat.

Und er wirft die Frage auf, warum die Kirche nicht selbst etwas unternehme und Todesanzeigen in ihren Pfarreiblättern publiziere. Darauf reagiert das Bistum St. Gallen: «Die Antwort ist einfach: Bei uns erscheint das Pfarrblatt monatlich. Die meisten Abschiedsfeiern wären bei Erscheinen vorbei.»

Der Journalist verweist darauf auf die Möglichkeit der Publikation im Internet. Da wittert das Bistum aber viel Arbeit: «Alle Verstorbenen aus 142 Pfarreien?»

Es bleibt dabei: Todesanzeigen seien Sache der Gemeinden. Übernahme dies die Kirche, stelle sich das Problem: Was ist mit Konfessionslosen? Wiegand meint: Immerhin könne die Kirche ein Portal für Todesanzeigen unterstützen, etwa www.todesanzeigenportal.ch. «Und wo sehen es Menschen, die nicht online sind?», fragt das Bistum zurück. (rp)

Zitat

«Bei den Errichtungsprozessen der Pastoralräume muss ich vorangehen, weil die grosse Masse eher träge ist. Wenn Jugendliche sich treffen wie in Taizé, muss ich nicht vorangehen, da bin ich mittendrin.»

Felix Gmür

Der Bischof von Basel nimmt seine Rolle sehr unterschiedlich wahr. Dies ist im Interview mit Gmür im Pfarreiblatt Luzern vom 1. März nachzulesen.